Allgemeiner Delegirtentag der nationalliberalen Partei.

Berlin, 3. Okt.

Zum diesmaligen Parteitage sind die Delegirten so zahlreich erschienen, wie seit langem nicht. Gegen 500 Vertreter aus allen Gauen Deutschlands sind dem Rufe des Centralausschusses gefolgt und versammelten sich heute vormittag 10 Uhr im großen Saale des „Konzerthauses." Unter den anwesenden Reichstagsmitgliedern und Abgeordneten des Landtages möchten wir namentlich hervorheben: Abg. Brünings, Rimpau, Placke, Jebsen, Wamhoff, Schulze-Henne, Bolz, Dr. Aub, Münch-Färber, Bayerlein, Bassermann, Frank, Heyl zu Herrnsheim, Dr. Friedberg, Walter, Prof. Dr. Enneccerus, Dr. Olann, Prof. Dr. Hasse, Graf Oriola, Amtsrichter Hofmann, Dr. Aub, Dr. Max Weber, Senator Wallbrecht, Justizrath Eckels und viele andere Landtagsabgeordnete, ungefähr 40 an der Zahl.

Geheimrath Simon, 2. Vorsitzender des Centralvorstandes, eröffnete die Versammlung mit Grüßen des ersten Vorsitzenden Abg. Excellenz Hobrecht, der bedauert, krankheitshalber verhindert zu sein, an den Verhandlungen theilzunehmen. Mit warmen Worten richtete Geheimrath Simon einen Appell an die Versammlung, worin er der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß, wenn auch die Gegensätze auf dem Parteitage nicht beseitigt werden könnten, so doch eine offene Aussprache beruhigend und klärend wirken werde. Für die verschiedenen Richtungen der Partei biete sich doch ein breiter Boden gemeinsamer Arbeit, der alle Hoffnung der Gegner auf Zerreibung der Partei zu schanden machen werde. Gestärkt und gekräftigt werde die Partei zum Wohle des Vaterlandes aus den Verhandlungen hervorgehen. (Lebhaftes Bravo!)

Auf Vorschlag des Centralvorstandes werden durch Zuruf die Herren Abg. Dr. Kraute (M. d. A.), Abg. Brünings und Dr. Aub (M. d. bayr. Landt.) zu Vorsitzenden des Delegirtentages, die Herren Dr. Sattler, Dr. Schall und Generalsekretär Patzig zu Schriftführern gewählt.

Alsdann übernahm Abg. Dr. Krause den Vorsitz; in seiner kurzen Ansprache betonte er die weitestgehende Objektivität in der Beurtheilung anders Denkender. Die Partei kenne kein anderes Ziel als das Wohl des Vaterlandes. (Lebhaftes Bravo!) Mit der Aufforderung, dem Schirmer des Reiches den ehrfurchtsvollen Gruß in Ausbringung eines Hochs und Absendung einer Depesche darzubringen, schloß die kurze Ansprache des Vorsitzenden. Die Depesche hat folgenden Wortlaut:

„Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät huldigen die aus ganz Deutschland versammelten Delegirten der nationalliberalen Partei in unerschütterlicher, ehrerbietiger Treue. Jetzt wie allezeit ist ihre Losung: Alles für Kaiser und Reich.

Im Auftrag
Der Vorsitzende: Dr. Krause."

Darauf trat die Versammlung in die Tagesordnung ein. Dieselbe lautet:

I. Allgemeine Stellung der Partei. Resolutionsantrag des Centralvorstandes hierzu:

Der nationalliberale Delegirtentag hält es unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen für besonders nothwendig, die alten Grundsätze zu betonen: das Vaterland über der Partei, das allgemeine Wohl über allen Sonderinteressen, Unabhängigkeit nach rechts und links wie gegenüber der Regierung; volle Wahrung der konstitutionellen Rechte; Bekämpfung jedes Rückschritts und beharrliches Streben nach stetiger Fortentwicklung aller Einrichtungen des öffentlichen Lebens; entschlossene Vertretung alles dessen, was die Macht und Sicherheit des Reiches und der Schutz des Deutschthums gegen Uebergriffe und Anmaßungen, sei es von welcher Seite, immer fordert; kräftiges Eintreten für alle berechtigten Wünsche und Bestrebungen des Volkes.

Die nationalliberale Partei bewahrt auf wirthschaftlichem Gebiete ihren Charakter als Mittelpartei und muß daher Forderungen zurückweisen, welche in einseitiger Berücksichtigung der Interessen eines Berufsstandes andere für den Staat gleich wichtige Berufsstände empfindlich zu schädigen oder die Grundlagen unserer Volkswirthschaft umzustoßen geeignet sind. Derartigen Bestrebungen entgegenzutreten, erachtet die nationalliberale Partei für ihre Pflicht, aber ebenso für die Pflicht jeder das Staatswohl allein zur Norm nehmenden Regierung.

II. Gesetzgebung im Interesse des gewerblichen Mittelstandes, insbesondere Handwerksorganisation und Regelung des Lehrlingswesens. Resolutionsantrag des Centralvorstandes hierzu:

Die nationalliberale Partei ist nach Maßgabe der Beschlüsse des Frankfurter Delegirtentages vom 1894 energisch für die Gesetzgebung im Interesse des gewerblichen Mittelstandes eingetreten, namentlich soweit es geboten war, den unlauteren Wettbewerb, wie die Auswüchse des Hausirhandels zu bekämpfen und den Gewerbebetrieb der Konsumvereine einzuschränken. Ihre bisher noch nicht erfüllten Forderungen dieser Art wird die Partei dauernd weiter verfolgen.

Sie steht auf dem Boden der Gewerbefreiheit und bekämpft den Befähigungsnachweis, weil er den Handwerker auf ein eng begrenztes Erwerbsfeld beschränkt und dadurch seine Widerstandskraft gegen die Großindustrie lähmt.

Sie erstrebt eine geordnete, vom Geiste der Selbstverwaltung getragene Organisation des Handwerks in Handwerkerkammern, hält aber die Zwangsinnungen des preußischen Gesetzentwurfs für bedenklich, insbesondere weil dieselben den Keim des Befähigungsnachweises in sich tragen und des Rechtes der freien Innungen zu gemeinsamen geschäftlichen Einrichtungen entbehren sollen.

III. Finanzwirthschaft im Reich und in den Einzelstaaten. Resolutionsantrag des Centralvorstandes hierzu:

Die nationalliberale Partei hält an der in Frankfurt zum Ausdruck gebrachten Ueberzeugung fest, daß sowohl im Interesse des Reiches als der Einzelstaaten eine feste gesetzliche Grenze für das finanzielle Verhältniß zwischen denselben gefunden werden muß. Auch die auf die Dauer unhaltbare Beschränkung in der Förderung der Kulturaufgaben, besonders in einzelnen Bundesstaaten, läßt die Wiederholung dieses Verlangens nothwendig erscheinen.

IV. Gegenwärtiger Stand der sozialpolitischen Gesetzgebung, Koalitionsrecht, Vereinsrecht. Resolutionsantrag des Centralvorstandes hierzu:

Die nationalliberale Partei tritt für eine durchgreifende Reform der Arbeiterversicherungsgesetze, namentlich im Sinne der Vereinfachung derselben, sowie für eine maßvolle, den praktischen Verhältnissen des Wirthschaftslebens und der auslandischen Konkurrenz genügend Rechnung tragende Weiterführung der sozialen Gesetzgebung, insbesondere auch auf dem Gebiete der Hausindustrie, ein.

Die nationalliberale Partei strebt nach wie vor ein Reichsvereinsgesetz auf liberaler Grundlage an. Sie ist damit einverstanden, daß zunächst durch partikulare Gesetzgebung wenigstens das Verbot beseitigt wird, welches die politischen Vereine an der Verbindung mit einander hindert. Jedem Versuch einer reaktionären Gestaltung der Vereinsgesetzgebung, wie einer Einschränkung des Koalitionsrechts wird sie entgegentreten.

V. Abwehr rückschrittlicher Bestrebungen auf dem Gebiete von Kirche und Schule. Resolutionsantrag des Centralvorstandes hierzu:

Die nationalliberale Partei bekämpft alle Uebergriffe des Ultramontanismus, der neuerdings unter dem Vorwande der „Paritätsbestrebungen" eine Besetzung der Staats- und Reichsämter nach konfessionellen Gesichtspunkten erstrebt; sie bekämpft ferner alle Zugeständnisse der Regierungen an denselben im Wege der Gesetzgebung und Verwaltung.

Auf dem Gebiete der Volksschulgesetzgebung in Preußen tritt sie für konfessionellen Religionsunterricht ein, unter Beibehaltung der Simultanschule, da, wo sich diese geschichtlich entwickelt oder sich naturnothwendig aus dem Charakter einer gemischten Bevölkerung als zweckmäßigste Form der Volksschule ergiebt. Die verfassungsmäßig gewährleistete Mitwirkung der Religionsgesellschaften am Religionsunterricht ist in der Weise zu regeln, daß der Staat Herr in der Schule bleibt und jede Abhängigkeit des Lehrerstandes von der Geistlichkeit ausgeschlossen wird. Der Erlaß eines Lehrerbesoldungsgesetzes ist sofort und vor Einbringung eines allgemeinen Unterrichtsgesetzes möglich und nothwendig.

Die nationalliberale Partei wird bestrebt sein, dafür zu sorgen, daß alle Richtungen innerhalb der evangelischen Kirche vom Staate als gleichberechtigt anerkannt und behandelt werden. Insbesondere wird sie es sich angelegen sein lassen, die Lehrfreiheit der evangelisch-theologischen Fakultäten mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften zu schützen.

VI. Landwirthschaftliche Fragen. Resolutionsantrag des Centralvorstandes hierzu:

Die nationalliberale Partei erkennt die besonders schwierige Lage, in der sich die Landwirthschaft in weiten Kreisen unseres deutschen Vaterlandes durch das Sinken der Preise fast aller ihrer Produkte befindet, vollauf an. Im Hinblick auf die hohe Bedeutung, welche der Landwirthschaft im Wirthschaftsleben unseres Volkes, wie im Interesse eines gesunden Staats- und Gemeindelebens zukommt, erachtet es die Partei für eine ihrer obersten Pflichten, auf die Ueberwindung der Nothlage hinzuarbeiten. Sie ist deshalb für die Erhaltung und Förderung der großen landwirthschaftlichen Nebengewerbe, der Brennerei und der Zuckerfabrikation, sowie für alle zweckentsprechenden Vorschläge energisch eingetreten, die dem Landwirth die Möglichkeit bieten, billiger zu produciren und vortheilhafter seine Erzeugnisse zu verwerthen. Namentlich ist darauf hinzuwirken, daß durch den Ausbau der Binnenwasserstraßen und durch Ermäßigung der Eisenbahntarife die Transportfrage so gelöst wird, daß dadurch die Konkurrenzfähigkeit unserer heimischen Erzeugnisse gefördert wird. An den Forderungen, die in den frankfurter Resolutionen von 1894 aufgestellt sind, hält die Partei ferner durchaus fest und erachtet es für Pflicht der Reichsregierung und der Landesregierungen, die ihnen zu Gebote stehenden Mittel mit größtem Nachdruck zu benutzen, um eine Linderung der Noth baldigst herbeizuführen.

VII. Währungsfrage. Resolutionsantrag des Centralvorstandes hierzu:

Die nationalliberale Partei tritt ein für die Aufrechterhaltung der bewährten Reichsgoldwährung.

VIII. Fach- und Fortbildungsunterricht. Resolutionsantrag des Centralvorstandes hierzu:

Die hochgesteigerten Ansprüche an die wirthschaftliche Leistungsfähigkeit aller Erwerbsstreise machen eine Ausrüstung der wirthschaftlichen Kräfte in Landwirthschaft, Gewerbe und Handel mit einer tüchtigen Fachbildung zur dringenden Nothwendigkeit. Dem landwirthschaftlichen, gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulwesen muß deshalb nicht nur seitens der betreffenden Berufskreise, sondern auch von der Gesammtheit und dem Staate eine größere Aufmerksamkeit als seither zugewendet werden. Insbesondere muß der Staat größere Mittel für die Hebung des Fortbildungsschulwesens in Deutschland aufwenden und Ausbildung geeigneter und ausreichender Lehrkräfte in die Hand nehmen.

IX. Kolonialpolitik. Resolutionsantrag des Centralvorstandes hierzu:

Die nationalliberale Partei wird die Regierung auf dem eingeschlagenen Wege einer kräftigen und zielbewußten Handhabung der Kolonialpolitik unterstützen.

Zum ersten Punkte der Tagesordnung, Allgemeine Stellung der Partei, liegt folgender Abänderungs-Antrag von Bueck und Genossen vor:

Der Delegirtentag wolle beschließen:

I. Den zweiten Absatz des Antrages 1 des Centralvorstandes wie folgt zu fassen:

„Die nationalliberale Partei wird auf wirthschaftlichem Gebiete ihren Charakter als Mittelpartei bewahren. Die nachdrückliche Förderung der Interessen der Landwirthschaft wie des gewerblichen Mittelstandes wird sie sich auch fernerhin angelegen sein lassen. Sie muß jedoch Forderungen zurückweisen, welche in einseitiger Berücksichtigung der Interessen eines Berufsstandes andere Berufsstände zu schädigen oder die Grundlagen unseres Erwerbslebens und der staatlichen Ordnung umzustoßen geeignet sind. Sie verwirft den Antrag Kanitz und jeden anderen Versuch, die Versorgung der Bevölkerung mit nothwendigen Lebensmitteln monopolistisch zu gestalten; sie weist das Bestreben zurück, an die Stelle der Handelsvertragspolitik ein System des Zollkrieges zu setzen; sie verlangt die Aufrechterhaltung der gesetzlich bestehenden deutschen Währungsordnung; sie erklärt sich gegen jede Gesetzgebung, welche beliebende Formen redlichen Geschäftsverkehrs zerstört oder den Verwaltungsbehörden die Vollmacht zu derartigen Eingriffen ertheilt; sie fordert die Ablehnung des preußischen Antrages auf Handwerks-Organisation und jedes andern, auf Wiederherstellung des Zunftzwanges gerichteten Vorschlags. Derartigen Bestrebungen entgegenzutreten, erachtet die nationalliberale Partei für ihre wie für die Pflicht einer das Staatswohl allein zur Norm nehmenden Regierung.

II. Im Falle der Annahme des vorstehenden Abänderungs-Antrags den zweiten und dritten Absatz des Antrages des Centralvorstandes N. 2, betreffend die Handwerks-Organisation, und den Antrag N. 7 (Goldwährung) als erledigt abzulehnen.

III. In dem Antrag des Centralvorstandes Nr. 6 im dritten Satze die Worte:

„die Erhaltung und Förderung der großen landwirthschaftlichen Nebengewerbe, der Brennerei und der Zuckerfabrikation, sowie für"

zu streichen.

Zur Begründung des Antrages des Central-Vorstandes ergreift das Wort Abg. Bassermann:

Es ist Bedürfniß des Delegirtentages, angesichts der vorhandenen Unsicherheit der inneren Verhältnisse wie der Gegensätze über wirthschaftspolitische Fragen innerhalb der Partei zu einer Verständigung zu gelangen. Solche Gegensätze waren immer vorhanden. Heute sind aber die Interessen des Wirthschaftslebens besonders stark, sie beeinflussen das politische Leben, erzeugen sogar selbständige Parteien. Aber auch diese sind von starken inneren Gegensätzen erfaßt. In der Sozialdemokratie tobt der Kampf zwischen Akademiker und Arbeiter usw. Die Noth der Landwirthe, die wir nicht leugnen, zeitigt eine agrarische Interessenvertretung, die aber den regionalen Gegensatz auch nicht überwindet. Das Centrum hat klugerweise bisher die wirthschaftlichen Streitfragen in seiner Mitte ausgetragen, wiewohl dort der Gegensatz zwischen größtem Landbesitz und politisch radikalen Gesinnungen eigentlich am stärksten sich auspragt. Im Streite der Meinungen wollen wir nicht vergessen, daß, was uns eint, stärker ist, als was uns trennt. (Bravo.)

Die unter Nr. 1 vorgeschlagene Resolution will im ersten Satz aussprechen, daß wir selbst unseren bisherigen Standpunkt fest aufrechterhalten, einerseits gegenüber den Parteien, d. h. also, daß wir jedes Aufgehen in anderen Parteien rundweg ablehnen, andererseits gegenüber der Regierung, die heute nicht mehr wie zu Bismarck's Zeiten die Stetigkeit der inneren und nationalen Politik in sich verkörpert. Der zweite Satz betont unsere Stellung als Mittelpartei und lehnt es ab, daß ein Stand seine Riemen aus dem Leder anderer Stände schneidet oder gar sozialistisch-angehauchte Experimente macht. Als Mittelpartei müssen wir aber auch die Uebertreibung der entgegengesetzten Seite zurückweisen. Weder die Spaltung durch den Austritt der Gruppe Schauß-Bölk, noch die Sezession von 1880 hat dem von den Ausgeschiedenen verfochtenen wirthschaftlichen Standpunkt noch viel weniger dem Interesse des Liberalismus gedient. Wir können auch heute nicht dafür halten, daß der radikale Liberalismus für uns bündnißfähig sei. Zu gelegentlicher Abwehr ergiebt sich das Zusammenwirken von selbst. Die freundlichen Beziehungen zur Gruppe Rickert, soweit diese mit uns nationale Aufgaben erfüllen will, sind immer aufrecht erhalten worden. Die konservative Partei hat nicht zu ihrem Segen sich zum Twoliprogramm entwickelt. Von da nahm die Zerklüftung der konservativen Partei durch den Antisemitismus, die Christlich-Sozialen usw. ihren Anfang. Auch hat die Uebertreibung der agrarischen Interessenpolitik ein gut Theil konservativer Königstreue hinweggenommen. Diese Partei, die „ohne Kanitz keine Kähne" bewilligt, an der Hasenfrage beinahe das Bürgerliche Gesetzbuch zu Fall bringen konnte, ist in einer Verfassung, daß vom Kartell, von dem unsere Gegner noch reden, keine Rede sein kann. Das Centrum hat ja neuerdings der Regierungspolitik dauernde Dienste geleistet, aber das mahnt uns nur zur Einigkeit. Wenn die Regierung verlernt, dem Centrum gegenüber einen steifen Nacken zu zeigen, so müssen wir darauf uns wappnen, den Kampf um die Schule und gegen die Anmaßungen des Ultramontanismus zu führen. Das Jahr 1898 wird wohl die Losung aller unserer Gegner geben: Vernichtung des Nationalliberalismus. Das mahnt uns doppelt, an das zu denken, was uns eint. Die Vorwürfe, welche uns von den vereinten Gegnern gemacht werden, widerlegen sich durch die vielangefeindete Thätigkeit der Reichstagsfraktion im Geiste der Frankfurter Resolutionen. Die Mittelstandspolitik, der die Fraktion gedient hat, die Mitarbeit am Börsengesetz, die angegebene und Regierungsvorlagen fördernde Arbeit der Fraktion des Reichstags und der Parteigenossen in den Einzellandtagen im Interesse der landwirthschaftlichen Bevölkerung, dies alles beweist, wie wir praktisch das Erreichbare verfolgen. Darauf dürfen wir uns berufen, wenn es auch manchem unbequem ist, was wir in der Gesetzgebung mit durchgeführt. Dem Bunde der Landwirthe gegenüber nehmen wir ebenfalls unsere volle Freiheit in Anspruch. Wir verwahren uns gegen den Gedanken der imperativen Mandate, gegen die antisemitische Hetze und gegen die zielbewußte Erregung von Unzufriedenheit der Bauern, insbesondere gegen die Versuche, uns zu spalten durch Verhetzung der Mitglieder des Bundes, die uns angehören. Wir erkennen an, daß die Landwirthe sich zur Wahrung ihrer Interessen zusammenschließen. Wir wissen die nützliche Thätigkeit der Bezirksvorsitzenden des Bundes in West und Süd überall zu würdigen. Wenn aber die Berliner Leitung des Bundes überwiegend nur konservativ-antisemitische Wahlpolitik treibt, so wehren wir dies ab. Der Antrag Kanitz hat seine werbende Kraft verloren; er ist von der Fraktion abgelehnt. Aber wir halten nun kein Scherbengericht gegen diejenigen, die in der Meinung, es müsse dem dringlichen Nothstand der Landwirthschaft ein dringlicher Ausdruck gegeben werden, den Antrag unterstützt hatten. Jetzt bauen wir für die Zukunft vor. Wir sind als liberale Partei hauptsächlich aufgefordert, aus der Vergangenheit zu lernen, um seit einzusetzen, um allen reaktionären Gefahren der Zukunft rechtzeitig zu begegnen. Das Leben als Minister kann heutzutage rasch enden. Wie die politischen Verhältnisse gelagert sind, müssen wir die Fundamente unserer äußeren Machtstellung vertheidigen und pflegen. Die Klerikalen und die Radikalen sind uns da nach der ganzen Vergangenheit nicht ausreichend sichere Bürgen. Nationale Aufgaben sind nicht nur in Bezug auf unser Handelsrecht usw., auch gegenüber dem Polenthum noch zu lösen. Das wächst sich ja zu einer nationalen Frage erster Bedeutung aus. Wir können auch nicht vom Schauplatz unserer Arbeit wegtreten angesichts des noch vorhandenen Maßes von Partikularismus. Endlich nöthigt uns die Pflicht, als nationale und als Mittelpartei am Platze zu bleiben, denn das nächste Jahrhundert muß die großen Fragen der Versöhnung der lohnarbeitenden Klassen mit der bürgerlichen Gesellschaft durch stetiges reformatorisches Wirken zur Lösung bringen, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse unseres nationalen Wirthschaftslebens. Bei diesem Ueberblick über die großen und weiten Aufgaben müssen wir zu der Erkenntniß gelangen, daß wir uns gar nicht im Streit der einzelnen materiellen Gegensätze verlieren dürfen, daß wir als liberale reformfreundliche, nationale Partei einfach unsere Pflicht thun müssen, ohne Rücksicht auf das, was die Gegner von uns möchten, lediglich auf das, was das große Vaterland von uns verlangt. (Stürmischer Beifall.)

Inzwischen sind folgende Anträge eingegangen:

Antrag Dr. Lehmann-Marburg:

Zu Resolution 1, a. al. 1. 1. hinzuzufügen:

„Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts."

Antrag Sachsen (ges. Dr. Stenglein, Dr. Küchling, Nagel, Niethammer):

„Der Delegirtentag erwartet, daß der Centralvorstand sich bemüht, Meinungsverschiedenheiten, die in und unter den nationalliberalen Fraktionen des Reichstags und der Landtage zu Tage treten, auszugleichen."

Antrag Dr. Olann:

An die Stelle des 2. Absatzes der Resolution Nr. 1 folgenden Satz zu stellen:

„Indem der Delegirtentag an dem in der Berliner Erklärung von 1891 ausgesprochenen Grundsatz: „daß wirthschaftliche Fragen nicht zur Grundlage politischer Parteien dienen sollen," festhält, erkennt er gegenüber der schwierigen Lage der schwer niedergedrückten Landwirthschaft und des ebenso leidenden mittleren und kleineren Gewerbes als seine vorzüglichste Aufgabe, auf die Ueberwindung der Nothlage dieser für das Staatswohl so wichtigen Berufsstände in dem vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit der Partei mit allen Kräften hinzuwirken."

Das Wort ergreift sodann Abg. v. Eynern: Als wir vor 3 Jahren das letzte Mal bei einander waren, war der wirthschaftliche Kampf noch nicht in dem Maße entbrannt wie heute. Die verschiedenen Interessengruppen stellten Forderungen auf, die auf veraltete Anschauungen zurückreifend uns in mittelalterliche Verhältnisse zurückversetzen würden. So forderte das Handwerk die Zurückführung in eine Zwangsorganisation, deren nützliche Wirkung wir nicht anzuerkennen vermögen, so wurde für die Landwirthschaft unter Staatsgarantie einer Rente die Monopolisirung des Getreides gefordert und schlechtes Geld zur Ablösung von unbequemen Verpflichtungen. In solcher treibenden und gährenden Zeit trübt eine überschäumende Kritik das Urtheil. So bezeichnen uns die Einen als die Partei der Kapitalisten, der Börse, des mobilen Kapitals, die Andern als die Feinde der Kapitalisten, die Einen bezeichnen uns als mit fliegenden Fahnen in das Lager der Agrarier übergehend, die Anderen als Gegner der Landwirthschaft, auch als Gegner des Handwerks und des Mittelstandes. Alle diese Wogen schlagen an uns heran und einzelne Tropfen fallen bis in unsere Partei hinein. Es war daher sehr richtig, jetzt hier zusammenzutreten und eine Klärung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18961005022/fragment/page=0001

gegentheiliger Meinungen herbeizuführen, dabei als leitenden Gesichtspunkt festhaltend, daß wir unter gemeinsamem Banner die großen nationalen Ziele im Dienste unseres Vaterlandes verfolgen. Die Freiheit der Aeußerung soll auch der Presse nicht genommen werden, nur soll unsere Presse uns nicht fremdlos gegenübertreten. Den Ton, der hier von einer Seite angeschlagen, kann ich nicht billigen. (Sehr richtig.)

Wenn die Unterstützung des Antrags Kanitz durch Fraktionsmitglieder erfolge, weil die Zügel der Fraktionsleitung einen Tag hindurch am Boden schleiften, können wir deswegen doch nicht die Partei zerschlagen wollen. Der Antrag Kanitz ist der Gipfelpunkt praktischer Unausführbarkeit. Als solchen hat ihn auch das Centrum ad acta gelegt. Nun tadelt man, daß wir Mangel an Initiative zeigten. Die Reichstagsfraktion von heute trifft dieser Vorwurf gewiß zu Unrecht. Uebrigens kann man mit allzuviel Initiative bei einem so unsicheren Regierungssystem auch schlechte Erfahrungen machen, wie dies ja die erste Frankfurter Resolution gezeigt hat. Redner vertheidigt auch seinerseits die Mitarbeit der Reichstagsfraktion am Börsengesetz. Verletzend wirkte nur die Art, wie auch bei diesem Anlaß von konservativer Seite gegen das bürgerliche Erwerbsleben gezetert wurde, während doch die gute Grundlage von Treue und Glauben das Geheimniß des seltenen Erfolges ist, den deutscher Handel und Gewerbefleiß heute noch erzielen. Der Unmuth über das Treiben der Konservativen kann uns so wenig geneigt machen, nach rechts die Freiheit unserer Wege aufzugeben, wie gegenüber dem Radikalismus zu unserer Linken, dem allzeit eifrigen Vorkämpfer zum Erfolge des Ultramontanismus. Wir ziehen vor, auf dem Boden der Bismarck'schen Wirthschaftspolitik unsere nationale Arbeit zu schützen, werden uns aber nicht darauf einlassen, jetzt schon Stellung zu einer erneuten Handelsvertragspolitik zu nehmen, die wir noch nicht übersehen.

Bei Erneuerung der Verträge wird der Krieg bei jeder einzelnen Position selbst innerhalb derselben Industrie entbrennen. Der Gegensatz der wirthschaftlichen Interessen wird immer dauern. Bei dem Quebrachozoll, wie bei dem Ladenschluß steht eine Richtung so, die andere anders. Was ist hier liberal? Unser Denken und Empfinden muß darüber erhaben bleiben. Gewiß wünschen wir auch hier einheitliche Haltung, aber so viel wichtiger ist doch die Einheit der Partei in der Vertheidigung der großen Güter: Vaterlandsliebe, geistige Bildung und geistige Freiheit, nationale Kraft und Größe. Was uns verderben kann, sind nicht die Gegner, nur der Mangel an Weitsicht und Entschlossenheit. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf tritt eine Frühstückspause ein.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung theilt der Präsident einen Antrag Peters mit, in die Resolution die Worte einzufügen: „sie verwirft den Antrag Kanitz" u. s. w.

Ein Antrag Dr. Osann, über al. 1 und 2 der Resolution getrennt zu berathen, wird abgelehnt.

Einen Antrag Kolligs, die Redezeit jetzt schon zu beschränken, wird namens des Centralvorstands durch Prof. Dr. Meyer-Heidelberg widersprochen. Desgleichen durch den Vorsitzenden.

Dr. Semler-Hamburg vertritt den Gegenantrag Bueck und Genossen. Dieser Gegenantrag bedeute keinen Krieg, keine Spaltungsgedanken. Die Antragsteller seien tief durchdrungen von der Mahnung Bassermanns, die größeren Gesichtspunkte voranzustellen. Ueber die minder wichtigen Gesichtspunkte der wirthschaftlichen Interessen könne man ruhig streiten. Es könne aber auch hier Klarheit für die Partei geschaffen werden. Redner vertheidigt im einzelnen die Vorschläge des Antrags Bueck, die nur den Zweck hätten, klarer zu bestimmen, was auch im Antrag des Centralvorstands im Wesentlichen enthalten ist. Jedenfalls müsse der Antrag Kanitz in irgend einer Form in die Resolution hinein, denn er sei ein Schlagwort, das dauernd leben werde. Redner wendet sich gegen den Antrag Heyl, betr. Meistbegünstigungsverträge, und gegen den Gedanken, die Einfuhr von Nahrungsmitteln zu erschweren. Den Getreideterminhandel habe man unterdrückt, wie wenn er nichts als ein Hazardspiel wäre. Die Erklärung über die Handwerkervorlage müsse schärfer gefaßt sein. Die Parteileitung und die Fraktion wisse dann auch, wie sie mit den Anhängern im Lande dran sei. Der Delegirtentag möge wohlwollend prüfen, was der Antrag Bueck bringe. Dies werde die Partei kräftigen. (Widerspruch.) Man dürfe sich beiderseits freuen, daß die Gegensätze nicht tiefer gehen, daß es thatsächlich möglich sei, sich gegenseitig in dieser frischen Art und Weise auszusprechen. (Beifall.)

Dr. Osann. Der versöhnende Gedanke des Vorredners ist gegenseitig. Niemand hier nimmt einen starren Standpunkt ein. Auch wir aus Süden wollen frei unsere Ansicht äußern und dann uns vertragen. Wenn wir aber uns zersplittern in Fragen und deren Beantwortung fordern, weil gerade nur unsere Wähler dies wollen, so behandeln wir die Sache politisch unpraktisch. Im Vorschlag des Centralvorstands Absatz 1 könne manche Allgemeinheit ausgemerzt werden. Der Antrag Bueck und auch schon der Absatz 2 des Vorstandsvorschlags beschränke die wirthschaftliche Freiheit, die durch die Erklärung von 1891 anheimgestellt sei. Die Partei stütze sich ganz wesentlich auf ländliche Wähler. Gegen uns sei alles verbunden, Antisemiten und Deutschfreisinnige sind sogar rasch einig, uns zuerst mal zu vernichten. Da müßten wir auf die in der Nothlage sich befindlich fühlenden Landwirthe Rücksicht nehmen. Reale Politik müßten wir treiben, um die Partei zu erhalten, die in Deutschland unter allen die nothwendigste sei. (Lebhafter Beifall.)

Reichsgerichtsrath Dr. Stenglein-Leipzig stimmt namens der sächsischen Delegirten dem Vorschlag des Centralvorstandes bei, hätte nur gewünscht, daß auch die entschiedenere Haltung der Regierung der Volksfrage gefordert und in der Flottenfrage ein offenes Wort für das Bedürfniß einer starken Seemachtstellung gesprochen worden wäre. Wirthschaftliche Schlagworte für uns zu verlangen, heiße die Partei in Atome auszulösen. Der Antrag Bueck und Gen. würde die Wirkung haben, daß in jedem Falle die Parteiorthodoxie fragt: kann der und jener noch Parteigenosse sein. Redner wünscht, daß die Abwesenheit der älteren Führer ihnen nicht die Fühlung mit der Partei verloren gehen läßt. Das Centralkomitee möge auch rechtzeitig vermittlen, wo etwa Reichstagsfraktion und Landtagsfraktion vor Differenzen stehen.

Es wird auf Wunsch der Versammlung beschlossen, die Redezeit auf zehn Minuten zu beschränken.

Prof. Dr. Lehmann-Marburg (Lahn) befürwortet seinen Antrag.

Oberverwaltungsgerichtsrath Peters-Berlin betont, daß man unter wirthschaftlichen Fragen doch unterscheiden müsse, wo ernste politische Interessen mitberührt sind. Den Antrag Kanitz müsse man verurtheilen. Aber der Antrag Bueck und Gen. gehe doch viel zu weit, enthalte übrigens ebenfalls eine gute Zahl von sogenannten Allgemeinheiten.

Landtagsabg. Dr. Aub-München rechtfertigt das Vorgehen des Centralvorstandes und vertheidigt die prinzipiellen Abweichungen des Antrages des Centralvorstandes vom Antrag Bueck und Gen. Der Centralvorstand habe den Stimmungen im Lande draußen Rechnung tragen müssen, nachdem man sich unsicher überzeugt habe, daß weit auseinandergehende Auffassungen über die Behandlung der wirthschaftlichen Fragen, besonders der im Interesse der Landwirthschaft aufgeworfenen Fragen vorhanden seien. Hier zu erwägen und vorzubereiten, wie man die Meinungen so vermittele, daß ohne Aufgeben eines Prinzipes die Einigkeit der Partei gefördert und diese selbst gefestigt werde, sei die Aufgabe des Vorstandes gewesen. Sie erscheine ihm in der vom Centralvorstande vorgelegten Form glücklich gelöst. Dagegen berge der Antrag Bueck und Gen. die Gefahr einer scharfen Verurtheilung derer in sich, die sich mit dem Rechte, das ihnen bisher das Parteiprogramm eingeräumt habe, in früheren Stadien für den Antrag Kanitz erklärt hätten und es sei nicht abzusehen, ob nicht durch Zustimmung zum Antrage Bueck so manches an unserem Besitzstande in Frage gestellt würde, was wir zu einem späteren Zeitpunkt, wo man tiefer über die Sache denken würde, dann nicht mehr zurückbekommen könnten. Die Ausführungen des Herrn Dr. Semler zum Antrage Bueck seien ja sehr schön und geistvoll gewesen, nur würde sich die Sache in der Praxis ganz anders gestalten. In dem Augenblick, wo sich der nationalliberale Delegirtentag mit großem Aplomb im Sinne des Antrages Bued aussprechen würde, würde das als eine entschiedene Absage an die landwirthschaftlichen Interessen und Wünsche aufgefaßt werden. (Sehr richtig. Beifall. Man würde damit auf der einen Seite den Antrag Kanitz nur von neuem galvanisiren, auf der anderen Seite das herbeiführen, was alle, auch Dr. Semler vermieden wissen möchten: eine Absplitterung und damit eine Schwächung der nat.-lib. Partei, deren Fortbestand in der heutigen schwierigen Uebergangszeit nöthiger denn je sei. Man müsse praktische Politik treiben und nicht bloß theoretisiren. Er könne daher den Antrag Bueck und Gen., der sich allzu extrem vom Vorschlage des Vorstandes entfernt, nicht empfehlen und bitte dringend um Annahme der ursprünglichen Fassung. (Lebhafter Beifall.)

Rechtsanwalt Dr. Gottschalck vertheidigt den Antrag Dr. Stenglein, empfiehlt das Ziel der Parteileitung, mehr einheitliche Haltung der Partei in wirthschaftlichen Fragen herbeizuführen.

Abg. Graf von Oriola. Alles muß geschehen, um den Frieden zu erhalten und uns gekräftigt in die Wahlkreise zurückkehren zu lassen. Der Antrag Osann ist dazu die geeignete Grundlage. Der Antrag Bueck wie der des Centralvorstandes enthalten Unklarheiten: „gleichwichtige Berufsstände", „Grundlagen der Volkswirthschaft" u. s. w. Es müsse genügen, im Absatz 1 der Resolution zu sagen: „das allgemeine Wohl über allen Sonderinteressen." Es müsse die Kraft gewahrt werden, im Wahlkreise einzutreten mit aller Lebhaftigkeit auch für die Interessen eines einzelnen Berufsstandes. Schon die al. 2 des Antrags des Centralvorstandes enthalte ein Scherbengericht, nicht im Sinne des Vorstandes, aber in der Wirkung, die er auf bestimmte Kreise im Lande üben werde. Das Programm von 1891 hat uns wirthschaftliche Freiheit gegeben. Auf Grund desselben haben wir in der Reichstagsfraktion gelernt, uns zu vertragen und als Fraktion noch gezeigt, welche großen Leistungen wir gemeinsam vollbringen können: das Bürgerliche Gesetzbuch (Beifall).

Chefredacteur Köbner-Berlin wahrt der Presse die Freiheit, auch die parlamentarischen Fraktionen einmal zu kritisiren. Der Antrag Kanitz sei nicht verschwunden, höchstens vertagt, um schlimmer wiederzukommen.

Prof. Dr. Meyer-Heidelberg befürwortet unveränderte Annahme der Resolution des Centralvorstandes. Der Antrag Lehmann besage nur, was in früheren Programmen schon gesagt ist. Dabei bleibe es, ob man es überflüssigerweise nochmal sage oder nicht. Den Antrag Kanitz könne man nicht lediglich vom Standpunkt des wirthschaftlichen Gegensatzes aus betrachten. Die Freiheit in Zoll- und rein wirthschaftlichen Fragen werde durch den Vorstandsantrag nicht beschränkt. Der Antrag des Vorstandes trage aber auch dem Bedürfniß besserer Aktionsfreiheit Rechnung.

Bürgermeister Haarmann-Witten befürwortet seinen Antrag, der die Gelegenheit biete, die vorhandenen Differenzen zu überbrücken.

Oberbürgermeister Struckmann widerspricht dem Antrag Haarmann; empfiehlt den Anhängern des Antrag Bueck ihren Antrag zurückzuziehen; sie fänden das, was sie wollen, im Antrag des Centralvorstandes.

Reichstagsabgeordneter Dr. Friedberg-Halle unterstützt lebhaft diesen Vorschlag. Die Annahme des Antrags Bueck wäre eine wesentliche Verschärfung der Gegensätze, die wir ausgleichen wollen. (Beifall.)

Landtagsabgeordneter Bueck motivirt den Zweck, den der nach ihm benannte Antrag erreichen wollte. Nicht außerhalb des Kreises der Freunde der Landwirthschaft wolle man sich stellen; gerade die nahe Beziehung des Redners zur Industrie lege ihm nahe, im gewissen Sinne Agrarier zu sein.

Reichstagsabg. Frhr. v. Heyl verweist auf die Agrarbewegung im Süden und vertheidigt die angegriffene Minderheit der Fraktion gegen die Angriffe, denen sie namentlich seitens der linksliberalen Presse, auch der Nationalzeitung, ausgesetzt waren, und erläutert seine gegen die Meistbegünstigung Argentiniens und für den Antrag Kanitz eingenommene Haltung. Ein dauerndes Prinzip sollte der Antrag nicht schaffen, nur rasche momentane Abhilfe in einer drückenden Krisis bringen. Es sei aber bedenklich, jetzt ein neues Programm für die wirthschaftliche Haltung der Partei zu schaffen. Die Konjunktur der Weltwirthschaft werde darüber zur Tagesordnung übergehen.

Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit beschlossen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Als Referent des Centralvorstandes befürwortet nochmals Abg. Dr. Sattler die Anträge des Centralvorstandes.

Der Antrag Haarmann auf Vertagung der Beschlußfassung über Resolution 1 wird hierauf gegen etwa 30 Stimmen (bei 470 Theilnehmern) abgelehnt, nachdem vorher schon der Zusatz „unter Berücksichtigung des Antrags Bued" gegen etwa 50 Stimmen gefallen war. Der Antrag Lehmann wird gegen etwa 150 Stimmen für überflüssig erachtet, da die Wahrung der konstitutionellen Rechte schon in Absatz 1 enthalten ist.

Absatz 1 wird hierauf einstimmig angenommen.

(Brausender Beifall.)

Der Unterantrag Peters zu Absatz 2 wird gegen etwa 50 Stimmen abgelehnt.

Zunächst wird dann der Antrag Osann gegen etwa 30, der Antrag Bueck gegen etwa 50 Stimmen abgelehnt.

Absatz 2 des Vorstandsantrags wird mit erdrückender Majorität angenommen (lebhafter Beifall und Bravorufe).

Der Antrag Stenglein wird gegen etwa 20 sächsische Stimmen abgelehnt.

Schluß der heutigen Sitzung.

Berlin, 4. Okt.

Die 2. Sitzung wurde Sonntag vormittag 11 Uhr bei Anwesenheit von ungefähr 450 Delegirten mit der Berathung des 2. Antrages des Centralvorstandes „Gesetzgebung im Interesse des gewerblichen Mittelstandes, insbesondere Handwerksorganisationen und Regelung des Lehrlingswesens" aufgenommen. Hierzu liegt ein Antrag Bueck und Genossen vor, den 3. Absatz des Antrages 2, betreffend die Handwerks-Organisation, zu streichen und ein gleichlautender Eventualantrag von Semler und Genossen und von Kaufmann, welcher statt der Worte im 3. Absatz: „hält ... für bedenklich" setzen will „verwirft."

Zur Begründung des Antrages des Centralvorstandes erhält das Wort Prof. Dr. Meyer-Heidelberg. Er verweist auf die Mittheilung der Reichstagsfraktion bei der Mittelstandsgesetzgebung, die im Sinne der Frankfurter Resolutionen den Reichstag und einzelne Landtage beschäftigt hat: die Gewerbenovelle, das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb, über Konsumvereine ꝛc., die Anträge Bassermann, Wallbrecht über das Bauhandwerk ꝛc. Das Wichtigste sei aber der jetzt veröffentlichte preußische Entwurf über die Handwerksorganisation, gegen den sich die vorliegende Resolution erklärt. Der Gesetzentwurf schafft dem Handwerk keinen Nutzen; der den Lasten, die er den Handwerkern auferlegt, stehen wirthschaftliche Verbesserungen ihrer Lage nicht gegenüber. Sittliche Hebung des Standes könne im Wege des Zwanges überhaupt nicht bewirkt werden. Nicht einmal die Frage des Arbeitsnachweises würde sich mit so kleinen Innungskörpern lösen lassen. Auch den Schulaufgaben, schiedsrichterlichen ꝛc. Funktionen werde die Organisation nicht gewachsen sein. Es scheint, man macht nur neue Organisationen, um vorhandene zu zerstören. Redner beleuchtet im einzelnen die Unmöglichkeiten, zu denen der Befähigungsnachweis führte, der hinter dem Gesetzentwurf lauert.

Oberbürgermeister Küchler-Worms erachtet ebenfalls den Befähigungsnachweis für gänzlich unvereinbar mit der Wohlfahrt des Handwerks, vertritt aber die Ueberzeugung, daß an und für sich die Organisation des Handwerks, auch im Unterbau, mit Nutzen für das Handwerk selbst geschaffen werden könne und müsse.

Prof. Moldenhauer-Köln befürwortet, mit Rücksicht auf den Vorredner und den berechtigten Kern seiner Ausführungen, es bei der milderen Form der Fassung des Centralvorstandes zu belassen und die Anträge Semler-Kaufmann abzulehnen.

Landtagsabgeordneter Bueck verwahrt das Handwerk gegen die in dem Gesetzentwurf gewollten behördlichen und zünftlerischen Eingriffe und die Industrie gegen die weitverbreitete Auffassung, als sei sie ein vor allen anderen zu bekämpfendes Hemmniß gesunder wirthschaftlicher Zustände.

Abg. v. Eynern weist gegen die parlamentarischen Vertreter erhobene Vorwürfe mangelnder agitatorischer Thätigkeit zurück.

Inzwischen sind weitere Anträge eingegangen. Antrag Dr. Osann will in Absatz 2, erste Zeile statt der Worte „der Befähigungsnachweis" setzen: „die allgemeine Einführung des obligatorischen Befähigungsnachweises." Antrag Kulemann will den Anfangsworten des dritten Absatzes folgende Fassung geben: „Sie erstrebt eine staatlich durchgebildete u. s. w."

Landgerichtsrath Kulemann-Braunschweig empfiehlt den organisatorischen Gedanken des Gesetzentwurfs an sich.

Handelskammersekretär Dr. Genzel nimmt die Handels- und Gewerbekammern gegen Bedenken, die betreffs ihrer Zweckmäßigkeit geäußert waren, in Schutz.

Prof. Dr. Kaufmann-Breslau vertheidigt seinen Antrag im Interesse der Klarheit und wendet sich gegen den Antrag Osann.

Abg. Dr. Osann beruft sich in Vertretung seines Antrags auf die Frankfurter Beschlüsse, von denen sich zu entfernen nicht der mindeste Anlaß vorliege.

Der Schluß der Debatte wird von vielen Seiten beantragt und fast einstimmig beschlossen.

Berichterstatter Prof. Dr. Meyer befürwortet sowohl dem Antrag Kaufmann-Semler, wie dem Antrag Kulemann gegenüber die wohlbedachte Fassung des Centralvorstandes. Die erneute Zurückweisung eines gegen die Parlamentarier erhobenen Vorwurfs rührt zu einer stürmischen Ovation für Herrn v. Bennigsen.

In der Abstimmung über die Resolution 3 wird zunächst Absatz 1 einstimmig angenommen; in Absatz 2 wird der Antrag Dr. Osann mit Mehrheit, der Absatz 2 demnächst fast einstimmig, Antrag Semler zu Absatz 3 nach Probe und Gegenprobe mit Mehrheit und demnächst Absatz 9 mit großer Mehrheit und die Resolution im Ganzen fast einstimmig angenommen.

Darauf geht die Versammlung zur Berathung des 3. Antrages des Centralvorstandes „Finanzwirthschaft im Reich und in den Einzelstaaten" über. — Den Vorsitz übernimmt Abg. Landgerichtsrath Brünings.

Resolution Nr. 3 wird durch Abg. Dr. Sattler begründet. Stadtrath Lorenz-Döbeln wünscht den Gedanken zu beseitigen, daß die Ueberweisung höherer Mittel an die Einzelstaaten in Aussicht zu nehmen sei. Das sei eine Andeutung neuer Steuern.

Abg. Prof. Dr. Friedberg weist nach, daß die Voraussetzung des Vorredners durchaus irrig ist.

Der Antrag Lorenz wird zurückgezogen, die Resolution Nr. 3 einstimmig angenommen.

Außerhalb der Tagesordnung erhält das Wort zu einer Mittheilung des Centralvorstands.

Abg. Dr. Aub: Parteifreunde in Breslau haben den Antrag gestellt, durch den Delegirtentag den Parteifreunden empfehlen zu lassen, sich außerhalb des Parteiverbandes für das Zustandekommen eines Komitees für ein Nationaldenkmal für Moltke zu interessiren. Der Centralvorstand hat davon abgesehen, darüber eine Abstimmung herbeizuführen: die Angelegenheit ragt so hoch über alle Parteischanden hinaus, daß wohl allen aus dem Herzen gesprochen ist, wenn hier als allgemeiner Wunsch kundgegeben wird: die Nation möge recht bald dieses Denkmal erstehen sehen. (Allgemeiner Beifall.)

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Soziale Gesetzgebung, liegen zwei von dem Vorschlag des Centralvorstands prinzipiell nicht abweichende, nur andere Formen suchende Anträge Lehmann und Warschauer vor.

Berichterstatter Abg. Möller legt in ausführlicher Weise dar, wie die Weiterführung der Sozialreform überhaupt niemals gehemmt werden kann, auch durch unsere Kundgebung von 1891 nicht gehemmt werden sollte. Nur zu einem vorsichtigen Erwägen dessen sollte Zeit genommen werden, was nach den raschen Reformmaßnahmen der achtziger Jahre in der nächsten Zukunft möglich sei, wenn die deutsche Industrie nicht in den Wettbewerb mit dem Ausland erdrückt werden sollte. Und es müßte eingesehen werden, daß man vor allem das Ausland mit denselben humanen Ideen zu erfüllen habe, wie wir ihnen schon praktische Gestalt gegeben hatten. Redner geht nun des Näheren auf die verschiedenen Wege ein, die für die Weiterführung der Reform — Versicherung, Organisation, Ausdehnung des Arbeiterschutzes — empfohlen sind und erklärt sich für die Böbicker'schen Vorschläge betreffs der Vereinfachung der Invaliditäts- und Altersversicherung. Die in Vorbereitung begriffene Ausdehnung der Unfallversicherung begegne Bedenken. Die neue Organisation derselben könnte aber wohl dazu beitragen, friedliche Arbeitgeber und Arbeiter in weiterem Maße zu gemeinsamer Berathung zusammenzuspannen. (Langandauernder Beifall.)

Die mit lebhaftem Beifall aufgenommene, durch ihre sorgfältige Behandlung aller in Betracht zu nehmenden gesetzgeberischen Details ausgezeichnete Rede wird mit so lebhaftem Beifall aufgenommen, daß Geheimrath Molinari-Breslau die en-bloc-Annahme der Resolution 4 beantragt.

Die Anträge Lehmann und Warschauer finden nicht die genügende Unterstützung. Die Resolution wird ohne Widerspruch en-bloc angenommen. (Lebhaftes Bravo.)

(Schluß folgt.)

Meteorologische Station zu Halle.

	4. Okt. (9 Uhr 12 Min. ab.)	5. Okt. (7 Uhr 12 Min. mrg.)
Barometer Millimeter	748,3	743,6
Thermometer Celsius	15,1	12,2
Rel. Feuchtigkeit	65 %	84 %
Wind	S 1	S 1

Maximum der Temperatur am 4. Okt.: 17,1° C.
Minimum in der Nacht vom 4. Okt. zum 5. Okt. 9,8° C.
Niederschläge am 5. Okt. 7 Uhr morgens: 0,0 mm.

Muthmaßliche Witterung am 4. u. 5. Okt. nach der Wetterkarte der Seewarte und Lokalbeobachtungen:
Windig, bewölkt, mild, Niederschläge wahrscheinlich.

V.E.&K. **Seidenstoffe** jeder Art, sowie Sammte, Plüsche u. Velvets liefern an Private. Man schreibe um Muster unter Angabe des Gewünschten.
von Elten & Keussen, Fabrik und Handlung, Crefeld.

Wünschen Sie köstliches Dessert, Sandtorten, Festkuchen?
Dies läßt sich am besten durch Brown & Polson's Mondamin herstellen. Dasselbe besitzt einen eigenen Wohlgeschmack und fördert durch seine Entölung bedeutend die Verdaulichkeit der Speisen. Rezepte zur Zubereitung befinden sich auf den Mondamin-Packeten, zu haben à 60, 30 und 15 Pfg. in besseren Colonial-, Delikateß- u. Drog.-Geschäften. Für die gute Qualität bürgt am besten das 52jährige Bestehen dieser weltbekannten, schottischen Firma. Engros für Halle u. Umgeb. bei Helmbold & Co., Halle a/S. (ad